

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 25. Februar 2020

Am 25. Februar fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 26./27. März 2020, die legislative Programmplanung, die Erweiterung sowie die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Vorbereitung des ER am 26./27. März 2020

Der kroatische Vorsitz präsentierte die Themen der annotierten Tagesordnung für den Europäischen Rat am 26./27. März.

Ich begrüßte den Fokus des Europäischen Rates im März auf die Stärkung des Europäischen Wirtschaftsstandorts. Hierbei sollte jedoch nicht auf die externe Dimension vergessen werden. Unter anderem ist aus österreichischer Sicht auch eine Reform des EU-Wettbewerbsrechts wesentlich für die nachhaltige Stärkung der europäischen Wirtschaft. In Zusammenhang mit der Industriestrategie betonte ich, dass der Beitrag der Industrie zum grünen Übergang wichtig sei, „*carbon and investment leakage*“ allerdings vermieden werden sollte. Zentral sind auch notwendige Investitionsanreize. Darüber hinaus begrüßte ich die Diskussion zur digitalen Transformation. Gerade im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz sollte auf den menschenzentrierten Ansatz sowie die Wahrung der Grundrechte und der europäischen Werte verwiesen werden. Ebenso sollte auch der weitere Ausbau von *e-government* erwähnt werden. Darüber hinaus betonte ich, dass die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien, gerade auch nach Vorlage der EK-Mitteilung zur Erweiterungsmethodik und im Lichte der jüngsten Fortschritte in den beiden Ländern, noch im März eröffnet werden sollten. Ein positives Ergebnis spätestens beim Europäischen Rat im März wäre auch eine gute Basis für einen erfolgreichen Westbalkan-Gipfel in Zagreb im Mai, bei dem langfristige und strategische Diskussionen im Vordergrund stehen sollten.

Legislative Programmplanung

Der kroatische Vorsitz verwies auf das nun vorliegende EK Arbeitsprogramm 2020 und informierte, dass die Arbeiten zur Mehrjährigen Programmplanung wie zur Gemeinsamen Erklärung nun anlaufen würden.

Ich unterstrich, dass die Herausforderungen der nächsten Jahre in der Strategischen Agenda klar definiert seien. Prioritär sind der Kampf gegen den Klimawandel, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie weitere Arbeiten im Bereich Migration und Asyl. Darüber hinaus begrüßte ich die Agenda zur besseren Rechtsetzung sowie die ausdrückliche Erwähnung des Konzepts der aktiven Subsidiarität. Ich begrüßte auch die vorgesehene enge Einbindung der Mitgliedstaaten in die Erstellung des Berichts der Europäischen Kommission zur Rechtsstaatlichkeit. Im Zusammenhang mit der Konferenz zur Zukunft Europas betonte ich, dass die Weiterentwicklung der EU in einem breit angelegten Prozess diskutiert werden müsse. Dieser Prozess sollte daher auch ergebnisoffen sein. Betreffend die noch anhängigen Legislativvorschlägen bedauerte ich, dass es bisher nicht möglich gewesen sei, eine Allgemeine Ausrichtung zur überarbeiteten Eurovignettenrichtlinie zu erzielen. Angesichts der Transitproblematik in Tirol sowie notwendiger Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel wären die zurzeit am Tisch liegenden Elemente ein guter Lösungsansatz, um die Umwelt und die Bevölkerung zu entlasten und die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene zu forcieren. Die Verhandlungen sollten daher wieder intensiviert werden, die Europäische Kommission sollte sich hierfür mit klarem Engagement einsetzen.

Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Der kroatische Vorsitz erklärte einleitend, dass beim Rat Allgemeine Angelegenheiten am 24.3. der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien angestrebt werde. Die Ratsschlussfolgerungen im März sollten auch die Mitteilung der Europäischen Kommission „Stärkung des Beitrittsprozesses – eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ behandeln.

Kommissar Olivér Várhelyi erläuterte die Eckpfeiler der Mitteilung „Stärkung des Beitrittsprozesses – eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“.

Ich dankte der Europäischen Kommission für die zeitgerechte Vorlage der Mitteilung und betonte, dass der Europäischen Kommission ein gut ausbalancierter Vorschlag gelungen sei. Ich befürwortete insbesondere die Ansätze zu einer Dynamisierung des Beitrittsprozesses, zu einer stärkeren politischen Steuerung und zu einer deutlicheren

Konditionalität. Vor diesem Hintergrund betonte ich, dass spätestens im März Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien aufgenommen werden müssen. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wäre ein großer Erfolg auch für die EU, da die Einigung in dieser Frage ein deutliches Signal für die Handlungsfähigkeit in Schlüsselfragen darstellt.

Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Der Ratsbeschluss über die Eröffnung von Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich für eine neue Partnerschaft einschließlich der Verhandlungsrichtlinien sowie die vier Erklärungen zum Ratsprotokoll wurden im Einvernehmen angenommen.

Chefverhandler der Europäischen Kommission Michel Barnier begrüßte die Annahme des Verhandlungsmandats und bezeichnete es als ausgeglichen und ambitioniert. Gleichzeitig bietet es ausreichend Flexibilität für die Verhandlungen. Zur Situation im Vereinigten Königreich führte er aus, dass sich das Vereinigte Königreich zunehmend von der Politischen Erklärung distanzieren wird. Chefverhandler Barnier verwies zudem auf die Notwendigkeit der Vorbereitung auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Zollunion sowie des Binnenmarktes mit Jahresende 2020. In Folge wird es unabhängig von den Verhandlungsergebnissen jedenfalls Warenkontrollen an den Grenzen geben, und britische Finanzinstitutionen werden den Pass für den EU-Finanzdienstleistungsmarkt verlieren, weshalb eine entsprechende Vorbereitung notwendig ist. Chefverhandler Barnier informierte darüber hinaus, dass die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich am 2. März beginnen. In einigen Wochen wird die Europäische Kommission auf Grundlage des Mandats einen Entwurf des künftigen Abkommens vorlegen, auf dessen Basis weiterverhandelt werde. Abschließend betonte Chefverhandler Barnier, dass die Wahrung der Einheit der EU-27 weiterhin von zentraler Bedeutung sei.

Ich unterstützte das Verhandlungsmandat und hob die Bedeutung der Einheit der Mitgliedstaaten hervor. Die zukünftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich sollten so eng und umfassend wie möglich gestaltet werden, aber gleichzeitig müssen faire Wettbewerbsbedingungen und die Integrität des Binnenmarktes sichergestellt werden.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

6. März 2020

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin